

Schlussstrich: Das Fazit von Adrian Hasler in der Causa Aurelia Frick

Bürgergespräch Regierungschef Adrian Hasler stellte sich im Technopark in Vaduz erneut den brennendsten Fragen der Bevölkerung - Dabei dominierten Themen über die Absetzung von Aurelia Frick, der Landesspital-Neubau oder der Casino-Boom.

VON HANNES MATT

«**V**erschiedenste Personen in der FBP haben Gespräche mit Aurelia Frick geführt, dass sie ihre Unterlagen offenlegen und Transparenz schaffen soll - auch ich», wie Regierungschef Adrian Hasler (FBP) beim gestrigen Bürgergespräch die Absetzung von Aurelia Frick im Juli diesen Jahres nochmals Revue passieren liess. «Unsere Ratschläge wurden jedoch in den Wind geschlagen. So hat sich die Sache weiter hinaufgeschaukelt, bis zum bitteren Ende.» Dass es darüber kritische Stimmen und Unverständnis gab, sei laut Hasler nachvollziehbar - weniger dagegen die Bildung der Bewegung für mehr politischen Anstand. «Klar: Im Landtag ist man mit Aurelia Frick entsprechend hart umgegangen und hat immer wieder nachbohren müssen, weil man die entsprechenden Antworten nicht erhalten hat», wie Adrian Hasler ausführte. «Man darf jedoch nicht vergessen: Sie war es, die das Ganze verursacht hat.» Er reagiert auch auf Kritik zu seiner Person: Als Regierungschef hätte er nicht die Kompetenzen gehabt, ein Machtwort zu sprechen. Hasler: «Zwingen kann man schlussendlich niemanden.» Die Entwicklungen hätten alle Betroffenen stark belastet - insbesondere bei der Bürgerpartei. «Wir haben auf jeden Fall unser Menschenmöglichstes gegeben, die Sache doch noch zu einem guten Abschluss zu bringen - leider ohne Erfolg.» Für den Regierungschef ist die Causa nun abgeschlossen - eine weitere Aufarbeitung der Geschehnisse nicht nötig. «In den verschiedenen FBP-Gremien konnten die Beweggründe zur Absetzung gut vermittelt werden», so Hasler. «Das hat dazu beigetragen, Klarheit zu schaffen. Die FBP schaut geschlossen und positiv in die Zukunft.»

Darf es noch eine Legislatur sein?

Mit der Kandidatur von Katrin Eggenberger für den offenen Regierungsposten möchte die Bürgerpartei vorangehen. «Dass sie sich mit ihren Qualifikationen und Netzwerk dafür bereit erklärt hat, ist ein Glücksfall», betonte Adrian Hasler - auch mit Blick für die kommenden Wahlen im 2021. Da durfte die am Bürgergespräch zur Tradition gewordenen Frage, ob sich der Herr Regierungschef erneut zur Verfügung stellt, nicht fehlen. Mit altem bekannter Antwort: Er werde dies zu



Regierungschef Adrian Hasler mit Moderatorin Petra Matt beim gestrigen Bürgergespräch im Technopark. (Foto: RM)

gegebener Zeit bekannt geben - und zwar bis im nächsten Jahr nach der Sommerpause, wenn auch der Wahlkampf startet. Hasler: «Momentan möchte ich an den Sachthemen arbeiten und nicht jetzt schon Wahlkampf betreiben müssen.»

Abstimmung über Landesspital

Dagegen ist der Wahlkampf ums neue Landesspital bereits in vollem Gange. Am 24. November wird darüber abgestimmt. «Hier gilt es zu beachten, dass, wenn der Kredit abgelehnt wird, wir immer noch ein Landesspital haben», wie der Regierungschef bemerkte. «Das jetzige Gebäude entspricht jedoch nicht mehr den heutigen Anforderungen. Ein neues Spital auf grüner Wiese mit einer guten Infrastruktur macht für mich absolut Sinn.» Eine Schwierigkeit im Abstimmungskampf: Es steht nicht der eigentliche Kredit im Vordergrund, sondern alles andere - der Standort, der Verkehr, die Busverbindung, die Gasleitung oder die Spitalstrategie. Hasler: «Das wird für das Pro-Lager sicherlich eine Herausforderung und

dem kann nur mit guter Informationspolitik begegnet werden.»

Sind Casinos eine Generationenfrage?

In der Casino-Frage wies der Regierungschef indes darauf hin, dass es für die Spielbanken momentan hauptsächlich darum gehe, den Markt zu besetzen, um neue Player abzuhalten. «Mit der Anzahl habe auch ich keine Freude», so Hasler. «Auf der anderen Seite haben wir die Regeln aber so geschaffen - dazu zählt auch, dass die Casinos in ihrer Arbeit streng reglementiert sind.» So vertritt der Regierungschef die Ansicht des Fürstenhauses, hier den Markt walten zu lassen - statt mit einem Moratorium oder Steuererhöhungen einzugreifen. Adrian Hasler nimmt die Casino-Diskussion indes als Generationenfrage wahr: «Ältere Mitbürger empfinden Spielbanken eher als etwas Dubioses, während viele Jüngere das Casino-Geschäft weniger problematisch finden.» Dass die Geldspielabgabe direkt in die AHV fließen soll, sei dagegen völlig falsch. Die Argumentation - die Casino-Gelder für einen

guten Zweck zu verwenden und so die Diskussion zu beenden - sei bloss Augenwischerei. «Die ganzen Zweckbindungen wurden in der Vergangenheit nicht ohne Grund abgeschafft», so Hasler. Die Finanzhoheit liege immer noch beim Landtag. «Dieser definiert, wie viel Geld vom Land an die AHV geht. Eine schwankende Abgabe macht null Sinn. Wenn die Abgeordneten das Gefühl haben, dass der momentane Staatsbeitrag von 30 Millionen Franken zu wenig ist, können sie dies natürlich ändern.»

Und wer weiss? «Der Landtag ist momentan kreativ, neue Ausgaben zu generieren», wie der Regierungschef mit Blick auf die erfreulichen Zahlen der Staatsfinanzen anfügte. Dass der Bevölkerung auch etwas zurückzugeben werden darf, ist für Hasler sehr gut nachvollziehbar - aber bitte nachhaltig und zukunftsfähig. «Man darf auch nicht ausser Acht lassen, dass der Staat bei sehr tiefen Steuern schon heute in vielen Bereichen grosse Beiträge leistet», wie Hasler erklärte. «So entsprechen alle Steuereinnahmen von natürlichen Personen in Höhe von 100 Millionen Franken gerade den Ausgaben, die wir nur schon für Beiträge an die AHV, die Krankenkasse und Ergänzungsleistungen ausgeben.»

«Wir haben unser Menschenmöglichstes gegeben, die Causa Aurelia Frick doch noch zu einem guten Abschluss zu bringen.»

ADRIAN HASLER
REGIERUNGSCHEF